

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1868**

11.2.1868 (No. 35)



# Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 11. Februar.

N. 35.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühren eingeschlossen, 4 fl. 6 fr. u. 2 fl. 3 fr.  
Einkaufsgebühren: die gepaltene Beilage oder deren Raum 5 fr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14, wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1868.

## Amtlicher Theil.

Durch höchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs vom 7. d. Mts. wird dem Oberst Heinrich von Renz, Kommandeur des Genie-Batteriebataillons, der Charakter als Generalmajor ertheilt.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### Badischer Landtag.

**Karlsruhe, 10. Febr. 69.** Öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer der Landstände. Unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt.

Regierungskommissäre: Ministerialräthe Muth und Roff, später Ministerialrath Regener.

Der Präsident macht geschäftliche Mittheilungen. Abg. Lichtenberger erhält wegen Unwohlseins Urlaub bis zum Schluss des Landtags.

Der Sekretär zeigt den Einlauf einer Petition, das Verbot der Wanderlager betreffend, aus Weinheim, und einer Petition der Stadt Buchen, die Fortsetzung der Eisenbahn Schaffenburg-Miltenberg nach Amorbach, Buchen, Sedach zum Anschluß an die badische Odenwald-Bahn betreffend, an.

Sodann wird vom Abg. Tritschler mündlich Bericht erstattet über das Nachtragsbudget des Ministeriums des Innern. Nach dem Budget soll der Staatsbeitrag zu den Gehältern der Volksschullehrer von 60,000 auf 178,000 fl., und der Beitrag zur Unterfützung der Schullehrer-Witwen und Waisen von 3500 auf 8500 fl. erhöht werden.

Der Antrag auf Bewilligung dieser Anforderungen wird ohne Diskussion genehmigt.

Es beginnt hierauf die Berathung des vom Abg. Gerwig erstatteten Berichts über den Bau einer Eisenbahn von Mannheim nach Karlsruhe.

Die Kommission schlägt vor, am Regierungsentwurf die Aenderung zu treffen, daß der Artikel 1 die Fassung erhält: „Der Bau einer Eisenbahn, welche vom Hauptbahnhof in Mannheim über Schweizingen durch die Rheinebene in den Hauptbahnhof Karlsruhe führt, kann u. s. w.“ Der Artikel 2 soll den Zusatz erhalten: „Diese (die Staatsgenehmigung) ist nur einem Projekt zu ertheilen, bei welchem die Richtungs- und Steigungsverhältnisse mit Rücksicht auf einen besonders vortheilhaften Betrieb und eine thunlichste Abkürzung gegenüber der bestehenden Bahn über Heidelberg gewählt sind.“

Abg. Hummel äußert sich über das Bahnprojekt im Allgemeinen und bemerkt, er werde etwaige Einwände gegen dasselbe bei der Spezialdebatte bekämpfen.

Abg. Kirchner kann dem Entwurf nur zustimmen, wenn derselbe den von der Kommission vorgeschlagenen Zusatz zum Artikel 2 erhält; er empfiehlt der Großen Regierung dringend, auf eine möglichst kurze Linie hinzuwirken.

Abg. Moll: Bei einer Verkürzung der Bahn um 2 1/4 Stunden sei gegenüber den bestehenden Konkurrenzbahnen sehr viel gewonnen, denn die durch eine solche gewonnene Ersparnis solle bei Vertheilung der Konkurrenzfähigkeit sehr schwer in die Waagschale. Der Transitverkehr dieser Bahn werde sich nicht allein auf Kosten der Mannheim-Heidelberg-Karlsruher Linie bilden. Auch von volkswirtschaftlichen Standpunkt aus sei der Bahnbau gerechtfertigt; der betr. Landestheil erzeuge an Rübenzucker, Tabak und Hopfen jährlich über 3 Millionen Zentner; das ergebe gering angenommen aus dem Transport dieser Güter eine Einsparung der Bahn von 200,000 bis 300,000 fl. Solche massenhafte Produkte habe man zwischen Heidelberg und Mosbach nicht, und wenn man dort in einem Jahr aus Gütern 200,000 fl. eingenommen habe, werde hier das Ergebnis noch viel bedeutender sein. Also werde schon der Lokalverkehr die Bahn rentabel machen.

Abg. Roffhirt empfiehlt das Projekt ebenfalls. Die Bahn müsse ebenfalls Schweizingen, Hockenheim und Philippsburg möglichst nahe berühren, denn das seien in Bezug auf Produktion und Handel von Landesprodukten sehr bedeutende Orte; überdies werde man dadurch dem entlegenen Philippsburg, welches sein Amt verloren, in etwas gerecht werden. Ueber Waghäuser wolle er nicht sprechen, da dessen Verhältnisse zu bekannt seien.

Abg. Gerber dankt der Großen Regierung für die Vorlage. Die Bahn werde einen Landestheil mit 40 Ortschaften und 70,000 Seelen durchziehen, auch die linksrheinischen Landestheile würden zum Verkehr der Bahn beitragen; der Bau erfordere unbedeutenden Kostenaufwand; er empfehle die Annahme des Gesetzes.

Abg. Mühlhäuser schließt sich dem Dank des Vorredners an. Der Lokalverkehr werde die Bahn schon rentabel machen; der Rhein dürfe nicht als die Grenze für den Lokalverkehr der Bahn angesehen werden, denn die fliegende Brücke bei Leopoldshafen bringe vom jenseitigen Ufer die Theilnahme einer Bevölkerung von etwa 20,000 Seelen.

Abg. Beck hat aus Opportunitätsgründen Bedenken gegen das Projekt, weil es für den Rhein schwer falle, sich ein festes Urtheil zu bilden, nachdem die Grundzüge des Projekts noch nicht festgestellt seien. Indessen wolle er dem Gesetz nicht entgegenstehen, hielte jedoch für billig, wenn die Pachtsumme von 145,000 fl. nur als Maximum festgesetzt würde, so daß dieselbe nach Umständen geändert werden könne.

Ministerialrath Muth: Zur Beurtheilung der Opportunität des Projekts habe man genug Anhaltspunkte; so genaue Ueberschläge, wie sie der Vorredner im Auge habe, könnten niemals mit Sicherheit aufgestellt werden. Er gebe zu, daß das Anlagekapital sich etwas niedriger, als angenommen, herausstellen werde; dann bekämen eben die Unternehmer eine etwas höhere Rente, und der Staat werde vom Ankaufsrecht nach Ablauf der 5 Jahre alsbald Gebrauch machen. Wenn man die Regierungsvorlage genau prüfe, so müsse man gewiß sagen, daß dieselbe gegenüber dem Komitee zwar nicht wohlwollend, aber gerecht sei. Der Lokalverkehr der Bahn werde ein sehr namhafter sein, denn die betreffenden Gemeinden, wozu auch Karlsruhe und Mannheim gerechnet werden müssen, repräsentirten den 10. Theil der Bevölkerung des ganzen Landes; die Bevölkerung dieser Gemeinden habe das Zeug dazu, um die Bahn auch zu benutzen; sie werde nicht nur am Bahnhof sich einfänden, um Sonntags die Züge vorbeifahren zu sehen, sondern selbst mitfahren. Auch der Transitverkehr der Bahn sei nicht zu unterschätzen; derselbe dürfe jedenfalls durch zu große Rücksicht auf den Lokalverkehr nicht beeinträchtigt werden; die Großen Regierung sei mit den Ausführungen der Kommission zum Zusatz des Artikels 2 vollkommen einverstanden. Durch eine kürzere Linie gewinne man an den Betriebskosten eine Ersparnis von mindestens 60,000 fl.

Es sprechen noch die Abgg. Hoff, Ministerialrath Muth, Roff und der Berichterstatter, welcher die Berechnungen des Abg. Moll sehr sanguinisch findet und der Bahn nur als Mittel zur Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit unserer Bahnen überhaupt Berechtigung zugesieht, worauf zur Spezialdiskussion übergegangen wird.

Ministerialrath Muth erklärt, daß die Großen Regierung mit der von der Kommission gemachten Aenderung im Art. 1 vollkommen einverstanden ist.

Artikel 1 wird ohne weitere Bemerkung angenommen.

Zu Art. 3.

Abg. Nicolai: Der vorgeschlagene Zusatz werde von ihm so verstanden, daß die berechtigten Interessen der betroffenen Gemeinden unter dem Bestreben, die Bahn auf der allerkürzesten Linie zu bauen, nicht leiden dürften.

Ministerialrath Muth: Die Großen Regierung habe auch nur in diesem Sinn den Zusatz ausgelegt; er könne nicht glauben, daß es Absicht der Kommission sei, ohne Rücksicht auf jene Interessen nur eine gerade Linie zwischen Karlsruhe und Mannheim zu bauen; die Interessen des Lokal- und des Transitverkehrs müßten eben mit einander abgewogen werden.

Abg. Gerber: Man solle früher gemachte Fehler nicht wiederholen und Ortschaften von 2500 Seelen außer Acht lassen; er wolle einen ausdrücklichen Wunsch in dieser Beziehung an die Großen Regierung.

Abg. Roffhirt wünscht, daß besonders Philippsburg bei Entscheidung über die Zugrichtung der Bahn berücksichtigt werde.

Abg. Kirchner erklärt, daß die Kommission den Zusatz so aufgefaßt wissen wolle, daß die zu bauende Linie mindestens 2 1/4 Stunden länger sei als die bestehende Bahn.

Abg. Schupp: Die Bahn sei eine Lokalbahn; er wolle die stufenmütterliche Behandlung, welche Städte wie Lahr, Ettensheim und Mühlheim beim Bau der Hauptbahn erfahren, hier nicht wiederholt haben; soweit thunlich, seien daher alle größeren Orte zu berücksichtigen.

Ministerialrath Muth: Die Großen Regierung habe noch keine Zugrichtung festgestellt und könne sich darüber noch nicht aussprechen; es sei aber auch nicht rathlich, wenn in diesem Haus so tief auf Spezialitäten eingegangen werde; das sei noch nie, nicht einmal bei Hauptbahnen geschehen; man solle diese Dinge lediglich der Großen Regierung überlassen, über deren Anschauungen er sich heute schon bestimmt genug ausgesprochen habe.

Der Berichterstatter: Die Kommission habe den Zusatz so verstanden, daß die Bahn so gebaut werden müsse, daß sie 2 1/4 Stunden länger sei als die Hauptbahn. Wollte man diese Ansicht nicht theilen, so solle man den Antrag auf Wiederherstellung des Regierungsentwurfs stellen.

Abg. Lamey: Ein derartiges Aufdrängen des Sinnes, welchen die Kommission dem Zusatz gebe, gehe nicht an; Jeder, der abstimme, könne den Zusatz so auffassen, wie er nach dem natürlichen Wortlaut sich darstelle, und der gebe einfach der Großen Regierung anheim, die thunlichste Abkürzung nach ihrem Ermessen einzurichten. Wollte die Kommission eine Abkürzung von 2 1/4 Stunden, so sei es an ihr, mit einem Antrag hervorzutreten.

Abg. Tritschler wird für das Gesetz nur stimmen, wenn der Zusatz der Kommission angenommen wird.

Abg. Pöppel wendet sich gegen eine Bemerkung des Abg. Lamey; ebenso der Berichterstatter.

Zum Artikel 3 stellt der Abg. Beck den Antrag, vor dem Wort „Einhundertfünfundvierzigtausend“ das Wörtchen „höchstens“ einzuschließen und dem Absatz 1 den Zusatz zu geben: Diese Summe wird in dem Verhältnis gemindert, als das Anlagekapital weniger als 3 Millionen beträgt.

Gegen diesen Antrag sprechen die Abgg. Moll, Kirchner, welcher besonders betont, daß diese Bahn lediglich eine Staatsbahn sei, daher auch der Staat das Risiko übernehmen müsse, Ministerialrath Muth und der Abg. Hummel. Abg. Beck zieht seinen Antrag zurück.

Der vertheilte Gesekentwurf wird sodann einstimmig angenommen.

Der Abg. Lamey zeigt an, daß der Bericht über das ordentliche Budget des Kriegsministeriums, Abg. Frick, daß der Bericht über das Steuerbudget druckfertig seien.

Vom Abg. Mühlhäuser wird mündlich Bericht erstattet über die Petition des Schullehrers Andreas Kippenhahn von Weinheim, in welcher um das Einschreiten der Kammer gegen die Gerichte, die eine Ehrenränkungsfrage des Petenten zu behandeln haben, gebeten wird.

Der Antrag auf Tagesordnung wird stillschweigend angenommen.

Ueber die Bitte vieler Handelsfirmen, das Verbot der Wanderlager betreffend, berichtet der Abg. Huffschild und beantragt: Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Lenz stellt den Antrag auf: Ueberweisung an Großen Staatsministerium zur geeigneten Berücksichtigung. Er bemerkt: Durch die Wanderlager entstehe eine Art von Nomadenleben im Kaufmannsgewerbe, es werde durch dieselben ein immerwährender Jahrmart in den größeren Städten unterhalten; das könne doch nicht geduldet werden. Das Prinzip der Gewerbefreiheit dürfe nicht so weit gehen, daß nicht auch polizeiliche Rücksichten eintreten könnten. Die Wanderlager kämen gerade während der Jagdzeit und beeinträchtigten den amäthigen Kaufmann, der mit seinen Waaren das ganze Jahr hindurch auf diese Saison warte und während des ganzen Jahres Steuer bezahle, während der Wanderlagerbesitzer nur für die Dauer seiner Anwesenheit an einem Orte steuere.

Gegen diesen Antrag wendet sich der Abg. Turban. Derselbe hebt hervor, daß eine Beschränkung des Gewerbeverkehrs, wie die Petition sie wünsche, nicht zugegeben werden könne, nachdem der Grundsatz der freien Konkurrenz mit der vollen Gewerbefreiheit angenommen und zum Gesetz erhoben worden sei. Wollte man der Petition entsprechen, so müsse man konsequenter Weise auch den Hausirhandel aufheben und die Zollschranken nebst dem alten Zunftzopf wieder einführen.

Abg. Haus unterstützt den Antrag des Abg. Lenz, während die Abgg. Frick und Hebing, letzterer namentlich mit Rücksicht auf den lediglich auf dem Grundsatze der freien Konkurrenz beruhenden Handel des Schwarzwalbes, ferner der Abg. Hoff und der Berichterstatter ihn bekämpfen.

Der Antrag des Abg. Lenz wird mit allen gegen 2 Stimmen (Lenz, Haus) verworfen.

Unterbrechung der Sitzung um 1 Uhr. Fortsetzung Abends 4 Uhr.

**Karlsruhe, 10. Febr.** In der Abend Sitzung der Zweiten Kammer wurde in der Erstattung und Berathung mündlicher Berichte über eingelaufene Petitionen fortgefahren. Ueber die Bitte des Valentin Rudolphi in Baden um Bewilligung einer Pension, über die Bitte des Revierförstlers Raft von Bruchsal um Nachzahlung seiner Pension, über die Bitte vieler Weingärtner des Landes um Gestattung des Verzapfens von selbstgezapftem Wein wird zur Tagesordnung übergegangen. Eine Bitte staatsbürgerlicher Einwohner von Forstheim, die Urwahlen zur Abgeordnetenwahl und geheimes Wahlverfahren betreffend, wird dem Großen Staatsministerium zur Kenntnisaufnahme überwiesen; dagegen geht das Haus über die Bitte einiger Gemeinden des Amtes Eberbach auf Revision des Jagdgesetzes zur Tagesordnung über. Schluß der Sitzung um 6 Uhr Abends.

Nächste Sitzung: Mittwoch den 12. Febr., 9 Uhr. Zur Berathung gelangen Berichte der Budgetkommission, namentlich auch jener des Abg. Lamey über das ordentliche Kriegsbudget.

**Karlsruhe, 10. Febr. 29.** Öffentliche Sitzung der Ersten Kammer. Tagesordnung auf Mittwoch den 12. Febr., Morgens 10 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Berathung des von Herrn v. Rüdiger erstatteten Berichts der Budgetkommission über das außerordentliche Budget des allgemeinen Staatshaushaltes für 1868 u. 1869. 3) Erstattung und Berathung des Berichts der Budgetkommission über das Nachtragsbudget des Ministeriums des Innern für 1868 und 1869; Berichterstatter: Falder. 4) Erstattung und Berathung des Berichts des Staatsraths Dr. Weigel über die Motion des Abg. Kusel wegen Aenderung der Geschäftsordnung. 5) Erstattung und Berathung des Berichts des Geheimen Rathes Dr. Bluntschli über die seit dem 11. Juni 1864 verkündeten provisorischen Gesetze, Bekannt-



Maßnahmen und Verordnungen. 6) Erstattung und Berathung von Petitionsberichten.

Karlsruhe, 10. Febr. Von Herrn v. Göller geht uns folgende Berichtigung zu: „Von Freunden darauf aufmerksam gemacht, daß die von mir bei der Berathung des Budgets des Ministeriums des Innern (Titel: Kultus) in der Ersten Kammer geäußerten Worte vielfach eine Mißdeutung erfahren, erkläre ich hiermit, daß der Kammerbericht in Nr. 17 der „Karlsruh. Ztg.“ meine damalige Rede durchaus entstellte“) wieder gegeben hat. Karlsruhe, den 10. Febr. 1868. Ernst August Freih. von Göller.“

### Deutschland.

Karlsruhe, 10. Febr. Ihre Großh. Hoheit die Frau Fürstin von Leiningen, geb. Prinzessin Marie von Baden, ist heute Vormittag 45 Min. nach 10 Uhr von Karlsruhe abgereist, um nach Amorbach zurückzukehren.

Stuttgart, 8. Febr. Sitzungen beider Kammern der Landstände vom 7. Febr.

Gestern hatten beide Kammern Sitzung. Die Kammer der Ständeherren beschäftigte sich in einer vierstündigen Sitzung mit dem neuen Wehrgesetz auf Grund eines tief eingehenden sachverständigen Berichts. Verfasser desselben ist ein gebieter Fachmann, der Generalleutnant v. Baur, in den Jahren 1849 und 1850 Kriegsdepartementschef des zweiten Ministeriums Schlayer, des auf das Kriegsministerium folgenden sog. Oktoberministeriums. Heute wurden die 13 ersten Artikel erledigt, wobei folgende wesentlich von den Beschlüssen des andern Hauses abweichende Beschlüsse gefaßt wurden: Bei Art. 1 wurde die bis jetzt gültige Befreiung der Ständeherren von der Verpflichtung zum Kriegsdienst ausgesprochen, welche im neuen Gesetz ganz überwunden war. Bei Art. 3 hatte die Zweite Kammer, um die Zahl der Untausendigen zu vermindern, auf den Antrag des Abg. Götter die Minimalgröße auf 5'4" 5" herabgesetzt; die Erste Kammer strich diese Bestimmung wieder. Ihr wären 5'6" lieber, um dazu zu gelangen, daß alle Tausendigen eingestellt und das Losziehen vermieden werden könnte. Zu Art. 8 a werden zwar die zwei Jahre der Präsenzdauer gutgeheißen, jedoch außer der Reiterei auch die Unteroffiziere ausgenommen; jedoch ferner bestimmt, daß der von der Zweiten Kammer für die Dienstpräsenz ausgesprochene Abzug der doppelten Zeit am Landwehrdienst nur dann stattfinden solle, wenn Unteroffiziere und Reiter für diese Dienstpräsenz keine Präsenzzulage in Geld erhalten haben. Bei Art. 12 endlich wurden die Kontrollordnungen der Landwehr des Regierungsentwurfs, welche die Zweite Kammer gestrichen hatte, als etwas ganz Unentbehrliches wieder hergestellt. Ein Antrag des Staatsministers Freih. v. Neurath zu Art. 13, daß die Landwehr nur auf Grund eines Gesetzes solle einberufen werden können, wurde mit 24 gegen 6 Stimmen abgelehnt.

Die Kammer der Abgeordneten nahm in ihrer heutigen Abend-sitzung zuerst die Endabstimmung über den Gesetzentwurf, betreffend die dienstrechtlichen Verhältnisse von Angehörigen des Kultdepartements, vor und genehmigte dasselbe einstimmig, mit 82 Stimmen; worauf 3 Finanzberichte erledigt wurden. Für die Staats-Gehalts-Verträge wurden 21,043,458 fl. 15 kr. für die 3 Jahre aufzuwenden beschloßen und für die landständische Sustentationssache 665,011 fl. 53 kr. verwilligt.

Stuttgart, 9. Febr. Sitzungen der Kammer der Ständeherren vom 8. Febr.:

Das Wehrgesetz ist nun gestern in zwei Sitzungen, darunter einer Abend-sitzung, zu Ende beraten worden; doch kann die Abstimmung hier erst vorgenommen werden; wenn Uebereinstimmung zwischen beiden Kammern erreicht ist, und dahin ist es noch weit, da noch mehrere prinzipielle Differenzen bestehen. Zu Art. 13 wurde ein Antrag des Staatsministers Freih. v. Neurath mit 24 gegen 6 Stimmen abgelehnt, wozu die Landwehr nur durch ein Gesetz solle aufgegeben werden dürfen. Dem Art. 15 über die Losziehung wurde zugestimmt, obgleich allgemeine Wehrpflicht und Auslösung der nicht in das Heer Eintretenden eine Anomalie sei. Allein diese Gegenstände würden sich, wie der Kommissionsbericht sagt, nur durch unerschöpfbare Geldopfer ausgleichen lassen, wenn man die Nothwendigkeit eines gutorganisirten, wohlgeleiteten Heeres festhalten will. Bei Art. 16, Ersatzreserve, wird der Wunsch ausgesprochen, daß die Kontrolle eine wirksame sein möge. Daß die Ersatzreserve durch ein Gesetz aufzurufen sei, wie die Zweite Kammer gewollt, wird dahin abgemildert, „im vorkommenden Fall unter den in Art. 13 vorgeschriebenen Formen“. Dem Einjährig-Freiwilligeninstitut stimmt die Kammer zwar zu, wünscht aber, daß jede unnötige Erleichterung, z. B. bei den Prüfungen, vermieden werde, und ein gleicher Maßstab für alle Berechtigten aufgefunden werden möge. Den von der Zweiten Kammer eingeschalteten Art. 23 streicht sie aber weg, welcher auch gewerblichen Arbeitern und Landwirthen, welche sich über eine höhere Ausbildung ausweisen, wenn es die Berücksichtigung besonderer Verhältnisse erheischt, die Berechtigung zum einjährigen Freiwilligen-dienst ertheilt. Zu Art. 31 wird die Bitte an die Regierung ausgesprochen, in Erwägung zu ziehen, ob den Unteroffizieren nicht die Kriegsjahre doppelt anzurechnen wären, und wenn sie diese Frage bejaht, dem nächsten Landtag hierüber ein Gesetz zur Verabschiedung vorzulegen; ferner wurde der Regierung zur Erwägung überlassen, ob sie diese Vergünstigung auf alle Militärs ausdehnen wolle, wie es in anderen Heeren der Fall sei. Jedenfalls wollte es die Kommission für die Unteroffiziere beantragen, um damit einen Hebel weiter zur Gewinnung solcher für das Heer zu haben. Art. 48 a wurde gestrichen, welcher von der Zweiten Kammer eingeschaltet worden, und welcher so lautet: „Soldat, welche vor Eintritt in das Heer sich eine durch Ersetzung einer Prüfung nachzuweisende genügende militärische Vorbildung, z. B. in einer Jugendwehr, erworben haben, dürfen in Friedenszeit nicht länger als ein halbes Jahr gegen ihren Willen bei der Fahne präsent gehalten werden.“ Die weiteren Aenderungen betrafen meist nur Redaktionsverbesserungen, oder waren notwendige Konsequenzen früherer Beschlüsse.

Sodann wurde noch das Gesetz beraten und gutgeheißen, worin diejenigen, die nicht in das aktive Heer eingereiht werden und doch nicht erwerbsunfähig sind, eine Abgabe von 20 fl. zu entrichten haben.

Stuttgart, 9. Febr. Der „Staatsanz. f. Würt.“ veröffentlicht das Zollparlaments-Gesetz nebst der Vollzugsverordnung dazu und die Eintheilung des Landes in Wahlkreise, deren Zahl auf 17 bestimmt ist.

\*) d. h. doch gewiß nur unzutreffend, ungenau, denn eine abschließliche „Entstellung“ wird doch wohl Freih. v. Göller unserm Herrn. Richterflatter nicht unterstellen wollen. — D. R.

München, 8. Febr. Die von den Zeitungen gebrachte Nachricht, Fürst Hohenlohe habe sich bereit erklärt, eine Wahl in's Zollparlament anzunehmen, ist unrichtig. Bezüglich seiner Erwählung herrschte in dem Wahlkreis Forchheim eine günstige Stimmung.

Darmstadt, 8. Febr. (Fr. Z.) Das heutige Regierungsblatt gibt bekannt, daß die Verordnung wegen preussischer Militärgeetze im ganzen Bunde; das Gesetz, die Verpflichtung zum Kriegsdienste; die Verordnung, die Feststellung des Etats der Militärverwaltung des Norddeutschen Bundes betr.; der Präsidialerlaß, die Verwaltung des Telegraphenwesens des Norddeutschen Bundes betr. — zur allgemeinen Kenntniß gebracht werden. Eine Angabe, daß und wann solche in gesetzliche Wirksamkeit treten, ist jedoch nicht gemacht.

Wiesbaden, 8. Febr. Der „Rhein. Kurier“ meldet: Die Verhandlungen mit der Homburger Kurhause-Gesellschaft wurden abgebrochen, weil Blanc, indem er die Vorschläge der Regierung ablehnte, die Gewährung einer Spielbau von 8 Jahren gegen eine Zahlung von 800,000 Thlr. für den Kurfonds verlangte.

Berlin, 7. Febr. (Köln. Ztg.) Die Erregung unter den Abgeordneten wegen des Provinzialfonds hatte mit dem heutigen Tage ihren Höhepunkt erreicht. In dem dicht besetzten Hause folgte man mit atemloser Spannung, nachdem die Parteierregung eine Woche hindurch die Gemüther beherrschte, der Abstimmung über den v. Dieß'schen Antrag. Der Antrag hat durch die besondern Parteiverhältnisse eine viel weitere Bedeutung gewonnen, als sein Wortlaut erkennen läßt. Thatsächlich handelte es sich in dieser Abstimmung auch heute um die Kabinettsfrage. Nachdem die Majorität sich gegen v. Dieß, d. h. also für v. Kardorff, entschieden hatte, leerten sich die Bänke sofort und massenhaft strömten die Herren hinaus. Das Interesse des Tages konzentrierte sich jetzt in den Unterhaltungen außerhalb des Saales. Zwei Vorgänge beherrschten hier die Gemüther: der Urlaub des Grafen Bismarck und der gestrige Hofball. Graf Bismarck hatte sich gestern, wie man hörte, direkt aus der Kammer zum König begeben, dort über den Verlauf der aufgeregten Sitzung berichtet, und einen Urlaub erbeten, formell auf unbestimmte Zeit, seiner Absicht nach, wie man wissen wollte, bis zum Zusammentritt des Zollparlaments. Gestern Abend fand dann der Hofball statt, zu welchem über 200 Abgeordnete — alle, welche ihre Karten im Hofmarschallamt abgegeben hatten — eingeladen waren. Alle Fraktionen des Hauses — die Fortschrittspartei durch ein Mitglied, den Abg. Schmidt (Stettin) — waren vertreten. Der Ministerpräsident erschien gleichfalls, augenscheinlich ausgezeichnet von der ganzen kön. Familie. Der König erschien sehr verstimmt und hatte mit vielen Mitgliedern der Rechten und des altliberalen Zentrums wie der Frei-Konservativen Unterredungen, in denen er seine Mißbilligung in Bezug auf die Haltung der Konservativen ausgesprochen haben soll. Der Inhalt dieser Gespräche, namentlich mit dem Freih. v. Bodelschwingh, den H. v. Dieß, Georg v. Vincke, Graf v. Bethusy-Huc u. A., wurde in den Räumen des Hauses außerhalb des Saales vielfach wieder-erzählt.

Berlin, 8. Febr. Die „Spener. Ztg.“ bringt einen anscheinend offiziellen Artikel über den Urlaub des Grafen Bismarck, worin es heißt:

Die schwersten Kämpfe dieser Session sind bestritten; sie sind in der letzten Woche mit einem gewaltigen Aufwand von Aufmerksamkeit, Kraft und parlamentarischer Schlagfertigkeit bestritten. Da mag der Hr. Ministerpräsident denn wohl das Bedürfnis empfunden haben, sich eine Weile von den anstrengendsten Geschäften zurückzuziehen, um für die neuen Aufgaben, die im März bevorstehen, neue Kräfte zu sammeln. Eine dieser liegenden politischen Veranlassungen scheint uns der Urlaub nicht zu haben, weder die, daß irgend eine Partei oder Persönlichkeit sich jetzt getrauen könnte, die Geschäfte fortzuführen, noch daß die Regierung durch eine vorübergehende Opposition eines Theils der konservativen Partei ernstlich verstimmt sein könnte. Gestern schon stellte sich die Abstimmung in der Angelegenheit des hannoverschen Provinzialfonds günstiger als am Donnerstag, und die Spaltung in der Partei, welche die Regierung bisher konsequent unterstützte, wird schwerlich dauernde Spuren hinterlassen.

Auch die „Kreuz-Ztg.“ hofft zuversichtlich, daß die Spannung zwischen dem Grafen Bismarck und der konservativen Partei eine nur vorübergehende sein wird, da es sich ja nicht um Prinzipfragen handle. Graf Bismarck werde, da die Verzele eine Erholung verlangt, noch heute abreisen und zunächst nach Hesse gehen. — Die „Reidler. Kor.“ liest der konservativen Partei scharf den Text wegen ihrer „Beise“ und macht namentlich den früheren Finanzminister v. Bodelschwingh dafür verantwortlich. — Die „Nat.-Ztg.“ schreibt: In Abgeordnetenkreisen nimmt man an, daß Graf Bismarck, verstimmt über die Haltung eines großen Theils der Konservativen gegenüber seinem Eintreten für den Gesetzentwurf Urlaub genommen habe, um in der nächsten Zeit nicht im Hause zu erscheinen.

Berlin, 9. Febr. (Köln. Ztg.) Bei dem Präsidenten Jordanbeck findet heute Mittag eine Konferenz von Abgeordneten aller Parteien statt wegen der Behandlung des Budgets bei der Schlussberatung. Die Nationalliberalen wünschen im Großen und Ganzen an den Beschlüssen der Vorberatung festzuhalten und würden die Initiative zu Aenderungsanträgen wohl nur bei dem Pauschquantum für die hannoverschen Ämter ergreifen, welches sie definitiv bewilligen möchten. — Se. Maj. der König empfing eine Deputation der Aeltesten der evangelischen Gemeinden in Rotterdam, Weeringer und Grasseluis. Darauf hatte der Regierungspräsident v. Hardenberg eine lange Audienz. Hr. v. Hardenberg reist morgen nach Kassel ab. Hr. Hierjenzel ist zum Rechtsanwält in Berlin ernannt worden. — Die handelspolitischen Verhandlungen mit Oesterreich sollen begonnen haben und Oesterreich soll einige Zugeständnisse mehr wünschen, als im Februar vorigen Jahres Seitens des Zollvereins bewilligt waren.

Berlin, 9. Febr. Der Ministerpräsident Graf v. Bismarck hat gestern Abend seine Urlaubsreise angetreten. Dem Vernehmen nach begibt sich derselbe zuerst nach Kassel. Wie leicht erklärlich, fördert seine Abreise in Verbindung mit den parlamentarischen Vorgängen der letzten Woche mancherlei Konjekturen und Kombinationen zu Tage. Diefelben sind jedoch vollständig müßig. Graf Bismarck hat lediglich aus Gesundheitsrücksichten einen Urlaub erbeten, weil ihm nach den Anstrengungen und Aufregungen der jüngsten Zeit von den Aerzten eine Erholung als dringend nöthig empfohlen worden ist. Sobald er sich wieder geträgtigt fühlt, kehrt er in sein Amt nach Berlin zurück. Vielleicht geschieht dies schon in vierzehn Tagen. Am wahrscheinlichsten ist es aber, daß Graf Bismarck erst zur Eröffnung des Zollparlaments hier wieder eintreffen wird. — Am Freitag hatte der Ministerpräsident Besprechungen mit den Botschaftern von England und Frankreich. Im Lauf des gestrigen Tages empfing derselbe zahlreiche Besuche, namentlich auch von Mitgliedern des diplomatischen Korps. — An den hier jetzt stattfindenden Verhandlungen über eine Revision des Postvertrags mit Belgien betheiligte sich auch der belgische Gesandte Baron v. Nothomb.

### Oesterreichische Monarchie.

Wien, 7. Febr. Vorgelesen skizzirte ein Telegramm eine Erklärung des Reichskanzlers v. Beust, welche dieser im Schoß der cisleithanischen Delegation in Betreff der deutschen Frage abgegeben habe. Die Wiener Blätter geben die Erklärung — zu der ein Antrag auf Streichung der Gehalte des oesterreichischen Gesandten in Dresden und Stuttgart Anlaß bot — in der nachstehenden ausführlicheren Fassung wieder:

Aus dem eben veröffentlichten Nothbuch sei wohl ersichtlich, daß die oesterreichische Regierung den Prager Frieden nicht allein streng und ehrlich ausführe, sondern daß sie dies auch im liberalsten Sinn thue. Zeuge dessen, habe sie verschiedene Vorgänge ganz ruhig bingenommen, die eigentlich über den Prager Frieden und mit einer gewissen Zurückhaltung Oesterreichs hinausgingen. Die oesterreichische Regierung sei auch jetzt weit davon entfernt, auf die Entwicklung der deutschen Angelegenheiten störend oder gar räuseltlich Einfluß zu üben. Trotzdem, glaube er, würde man allgemein darüber einig sein, daß die ganze fernere endliche Gestaltung der deutschen Verhältnisse, wie sie eben im Werden begriffen sei, für Oesterreich durchaus nicht gleichgültig sein könne, wobei aber die Voraussetzung nicht ausgeschlossen sei, daß dieselbe im friedlichen Einvernehmen Oesterreichs mit Preußen vor sich gehen könne. Aber eben aus diesem Interesse, welches Oesterreich für diese Vorgänge in Deutschland habe, ginge die Nothwendigkeit hervor, dabeist seine Vertreter zu bealaten.

Wien, 9. Febr. Merkwürdiger Weise fehlt es noch immer an näheren Nachrichten über die auf rumänischem Gebiet aufgetauchten Banden. Ich kann indes versichern, daß die Höfe von Wien, Paris und London die Angelegenheit auch heute noch sehr ernst nehmen und daß in Bulgarien selbst die Gefahr dringend genug erschienen ist, um den Gouverneur zu veranlassen, sofort die sämtlichen Redits aufzubieten und sowohl an der Donau- als an der serbischen Grenze die strengste Wache zu halten.

### Italien.

Florenz, 8. Febr. Der König ist heute Morgen hier eingetroffen. Derselbe wurde am Bahnhof von den Ministern und den Spitzen der Stadtbehörden empfangen. Rudini wird sein Amt als Präfect von Neapel am 17. d. antreten.

Florenz, 8. Febr. Der heute der Abgeordneten-kammer vorgelegte Entwurf einer administrativen Reorganisation theilt die zentralen Verwaltungs-Funktionen in zwei Kategorien, nämlich die oberen und die unteren. Was die provinzielle Verwaltung betrifft, so konzentriert er in den Händen der Präfekten viele Ämter, die bis jetzt den verschiedenen Ministerien angehörten.

Florenz, 8. Febr. Deputirtenkammer. Bei der Berathung über das Marinebudget beantragt Damiro, die Kammer möge zur Tagesordnung übergehen und den Minister veranlassen, einen Plan zur Reorganisation der Marine vorzulegen. Cadorna theilt der Kammer den Entwurf einer Reorganisation der Zentral- und Provinzialverwaltung mit. Die Majorität der Steuerkommission schlägt die Getreidesteuer vor und ist gegen den ministeriellen Vorschlag, Schwefel und andere chemische Stoffe zu besteuern. Die Kommission rebudirt die Steuer auf Weizen auf 2 Lire pro Quintal, andere Körnerarten auf 1 Lira.

Florenz, 8. Febr. Bezüglich des heute verbreiteten Hörsengerichts, der Minister habe sich entschlossen, dem Parlament einen Plan zur Bestimmung der Rentencoupons vorzulegen, sagt die „Nazione“:

Der Minister enthielt sich bisher, seine Meinung über diesen Gegenstand auszudrücken. Er hat nichts gesagt, was die Verbreiter solcher Gerüchte zu ihren unbegründeten Behauptungen berechtigen könnte. Eine solche gewichtige Maßregel könnte nur in Verbindung mit Veranstellungen, die unsern Kredit und die legitimen Interessen der Rentenfesiger sicher stellen, getroffen werden.

Rom, 8. Febr. Mgr. Negroni wurde zum Minister des Innern ernannt. — Ein französischer Transportdampfer ist in Civitavecchia angekommen, um eine Kavallerieschwadron einzuschiffen.

### Frankreich.

Paris, 9. Febr. Sitzung des Gesetzgebenden Körpers vom 8. Febr.

Zunächst ergriß der Justizminister Baroche das Wort, um auf die Vorzüge aufmerksam zu machen, welche eine Ueberweisung der Preßvergehen an das Justizpolizeigericht darbiete. Allerdings seien 1819, 1830 und 1848 die Preßvergehen den Geschwornengerichten überantwortet worden, aber man wisse ja allgemein, zu welcher bedauerlichen Anarchie und Unruhe diese Verfügung Veranlassung gegeben habe. Deshalb seien denn auch durch die Gesetze vom Sept. 1835 die Preßvergehen in Preßverbrechen umgewandelt worden, um der Gerichtebarkeit



der Pairskammern anheimzufallen. Hr. Baroche sucht nachzuweisen, daß zu damaliger Zeit Hr. Thiers selbst sich gegen die Zulässigkeit des Geschwornengerichts erklärt habe, und es entspinnt sich über diesen Punkt eine ziemlich heftige Diskussion zwischen ihm und Hr. Thiers, welcher die ihm zugeschriebenen Aeußerungen nicht zugeben will. Der Minister hält streng daran fest, daß die Geschwornengerichte nur Verbrechen abzuurtheilen haben, nicht aber Vergehen. Schon darin, daß die Magistratur ihre Urtheile motivire, während das Geschwornengericht nur ja oder nein sage, sieht er einen wesentlichen Vortheil für das gerichtliche Verfahren, welches er verteidigt. „Ich verstehe recht gut — sagt er —, daß das Geschwornengericht seine Beschlüsse recht motivirt, aber ich gefesse, daß ich lieber eine Justiz habe, die sagt, warum sie verurtheilt, als eine Justiz, die antwortet: „Der Angeklagte ist schuldig“, und die alsdann verschwindet.“ Uebrigens habe das Geschwornengericht sich oft in Verhängenheiten sehr streng gezeigt. Es habe derartige Urtheile gefällt, wenn es eine vorgefaßte Meinung in einem gewissen Sinn hatte. Er will nichts wissen von einer Justiz, welche die Aussicht hat, von einem Geschwornengericht freigesprochen, von einem andern aber verurtheilt zu werden; er will nicht jene Richter, die im Voraus wissen, selbst ohne den Artikel des angeklagten Blattes gelesen zu haben, ob sie ihn freisprechen oder verurtheilen werden. Er ist indigant darüber, fortwährend zu hören, daß man, weil man den Kopf eines Richters an habe, der Regierung verkauft sei und stets das verurtheile, was ihr nicht genehm sei. Als Beweis für diese Behauptung legt er eine statistische Uebersicht der Urtheile in Verhängenheiten von 1852 bis 1867 vor, woraus sich ergibt, daß die Zahl der Verurtheilungen und der Freisprechungen fast gleich war.

Hr. Pelletan beleuchtet diese statistische Uebersicht, die, wie es in der Statistik so häufig vorkomme, ganz entgegengesetzte Resultate geben könne, je nachdem man sie betrachte. Der Minister gebe allerdings eine Liste von Freisprechungen, aber er begreife in diesen Freisprechungen nicht allein die politischen, sondern auch die wegen Verletzung der Sitten. Für politische Vergehen der Presse seien ihm keine Freisprechungen bekannt, von 1852 bis 1866 habe es 12 Prozesse wegen Aufreißung zum Haß gegen die Regierung und 12 Verurtheilungen, 9 Prozesse wegen Aufreißung der Bürger gegen einander, und 9 Verurtheilungen, 5 Prozesse wegen Verletzung des Kaisers und Eingriff in seine konstitutionellen Rechte, und 5 Verurtheilungen, 13 für falsche Nachrichten und 13 Verurtheilungen, und endlich zwei wegen verbotener Berichterstattung und zwei Verurtheilungen gegeben.

Hr. E. Picard verteidigt das Geschwornengericht in Breßlau. Er stellt es in Abrede, daß die Jury eine moderne, eine revolutionäre Erfindung sei. Leider sei sie seit dem 15. Jahrhundert fast ganz verschwunden in demselben Augenblick, wo sie in England eingeführt worden sei. Auch er behauptet, es sei nicht möglich, einen einzigen Fall der Freisprechung in politischen Sachen nachzuweisen.

Der Minister des Innern, Hr. P. Baroche, sucht die Behauptungen des Hr. Picard zu widerlegen. Er besteht darauf, daß das Geschwornengericht in der Form, von der hier die Rede ist, allerdings eine Neuerung der Revolution sei, und geht auf eine historische Entwicklung des Verfahrens in Verhängenheiten ein. Jules Favre antwortet dem Minister auf seine historische Argumentation. Er spricht die Ueberzeugung aus, daß die Justizregierung nicht gefallen sei, weil sie die Jurisdiktion des Geschwornengerichts gebildet habe, daß sie ihren Sturz vielmehr lediglich ihrer Verblendung und Hartnäckigkeit der öffentlichen Meinung gegenüber verdanke. Bei dieser Gelegenheit läßt sich J. Favre zu dem Ausdruck hinreißen, daß das Kaiserreich damit angefangen habe, alle Freiheiten zu „escamotieren“, welcher ihm eine Zurückweisung des Präsidenten zuzieht, worauf er erklärt, das Wort zurückziehen, d. h. die Form, in welcher er eine in der Geschichte übrigens unwiderlegliche Thatsache dargestellt habe.

Schließlich wird mit 199 gegen 15 Stimmen das fragliche Amendement abgelehnt.

**\* Paris, 9. Febr.** Die Departementalblätter veröffentlichen einen Erlaß des Kriegsministers vom 4. d. M., wodurch die Präfecten aufgefordert werden, sofort in jeder Gemeinde zur Aufzeichnung der Leute zu schreiten, welche die mobile Nationalgarde zu bilden berufen sind. Die Listen werden zwischen dem 16. und 23. Febr. veröffentlicht werden. Das Rundschreiben macht darauf aufmerksam, daß es sich bloß um die Einschreibung der Leute in die Listen handle, ohne daß gegenwärtig irgend welche Einberufung stattfinden werde. — Wie die „Patrie“ berichtet, sind die aus Belgien eintreffenden Nachrichten sehr ernster Natur; die Ansammlung von Banden dauert fort, und übereinstimmende Berichte sprechen von Antrieben russischer Agenten. Der „Etenbard“ dagegen sagt: Privatnachrichten, welche wir als richtig anzunehmen Grund haben, widerlegen die Gerüchte von der Bildung von Freischaren auf rumänischem Gebiet, welche in Bulgarien einzufallen beabsichtigen. — Die „France“ und die „Patrie“ versichern, daß die Angelegenheit der Ost-Bahn und der Luxemburg-Bahn, der man, namentlich jenseits des Rheins, gern einen politischen Anstrich geben wolle, nur die Privatinteressen dieser beiden Bahnen und nur eine zweckmäßigere Regelung ihres Geschäftsbetriebs betreffe.

### Rußland und Polen.

**St. Petersburg, 8. Febr.** Die Eröffnung der Woronezh-Roslovschen Eisenbahn wird morgen stattfinden. — Wie man vernimmt, soll in Warschau eine Universität für die gesammten slavischen Völker errichtet werden. — Die russische Börs-Zeitung widerlegt die Nachricht der „Liberté“, daß eine baldige Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen Rußland und Rom in Aussicht sei.

**St. Petersburg, 8. Febr.** Das „Journ. de St. Petersburg“ bringt eine Depesche aus Bucharest vom gestrigen Tage. Danach sollen die Nachrichten über die Bildung von Banden zum Einfallen in Bulgarien vollständig unrichtig, dagegen wahr sein, daß geheime Anwerbungen von Polen für die Partei unter Langiewicz Statt finden. In Bucharest selbst herrscht vollkommene Ruhe.

### Großbritannien.

**London, 8. Febr.** Der „Globe“ bekräftigt den Rücktritt des amerikanischen Gesandten am hiesigen Hofe, Adams. Anfangs April wird derselbe wahrscheinlich nach Amerika zurückkehren. — Wie aus Hull gemeldet wird, hat dort heute eine Springfluth die Stadt überschwemmt. Der angerichtete

Schaden ist sehr bedeutend. Die Fluth erreichte am Döckthor eine Höhe von 30 Fuß und hat Häuser, Keller und Straßen überschwemmt. — Aebessinische Berichte melden ein weiteres Vorrücken der Truppen.

### Amerika.

**Neu-York, 29. Jan.** Im Repräsentantenhause ist ein Gesetzentwurf durchgegangen, welcher die Legislatur der einzelnen Staaten ermächtigt, eine Besteuerung der Aktien der Nationalbanken herbeizuführen. — Santa Anna ist aus Havannah ausgewiesen.

**Neu-York, 29. Jan.** Das Senatskomitee hat die Bestätigung des Hrn. Cox als Gesandten in Wien angelegentlich empfohlen. Das Repräsentantenhaus hat den Finanzausschuß angewiesen, über die Zweckmäßigkeit der Ausgabe einer 4prozentigen Anleihe zur Einlösung zinstragender Staatspapiere zu berichten. Eine Bill, welche die Ausgabe von 45 Millionen Papiergeld, zur Erzeugung des bereits zurückgezogenen, beantragt, wurde dem Finanzkomitee überwiesen.

**Neu-York, 30. Jan.** Die Konvention von Louisiana nahm eine Bill an, wonach allen Kongressmitgliedern und Mitgliedern der Legislative, sowie allen National- und Staatsbeamten, welche an der Rebellion Theil nahmen, das Wahlrecht entzogen wird. — Die Konvention von Connecticut erklärte in einer Resolution, daß sie Johnson's Politik billige, die Haltung des Kongresses jedoch tadeln müsse. — Gestern hat in Chicago eine große Feuerbrunst stattgefunden, die einen Schaden von 3 Millionen anrichtete.

**Neu-York, 8. Febr.** Die Unionschuld hat sich um 9 Millionen vermehrt und der Kassabestand vermindert, jedoch hauptsächlich in Folge der Zahlung der Januar-Coupons und der Einlösung der 6prozentigen Anleihe von 10 Millionen vom Jahr 1847.

**Washington, 7. Febr.** Der neue britische Gesandte Edward Thornton ward heute dem Präsidenten Johnson durch den Sekretär Seward vorgestellt und in freundschaftlicher Weise empfangen.

### Baden.

**\* Pforzheim, 9. Febr.** Heute mit Anbruch der Nacht brach in der auf dem rechten Ufer gelegenen, sehr enge gebauten Vorstadt Au Feuer aus. Dasselbe verzehrte etwa 7-8 Wohnhäuser und Scheuern. Den angestregten Bemühungen der hiesigen Feuerwehr, welche auch durch rasch herbeigeeilte auswärtige Feuerwehmannschaften kräftig unterstützt wurde, gelang es, begünstigt durch gänzliche Windstille, dem verheerenden Element Einhalt zu thun, doch ist der Schaden der Betroffenen empfindlich genug.

**\* Pforzheim, 9. Febr.** Aus verschiedenen Verbindungsgründen wurde der 9. Vortrag der Heidelberger Universitätslehrer erst am letzten Samstag gehalten. Hr. Professor Sonntag sprach über „Schwarzenberg und die Karolina“. In lebendigen Zügen gab derselbe ein Bild der grenzenlosen Verwirrung, welche gegen Ende des 15. Jahrhunderts in ganz Deutschland hinsichtlich des Kriminalverfahrens herrschte, wie jedoch aber in dem Jhrn. Joh. v. Schwarzenberg, der neben Reuchlin, Luther, Melancthon, Hutten u. als Repräsentant der damaligen geistigen Bewegung angesehen werden muß, der Schöpfer einer neuen „peinlichen Handelsgerechtigkeits-Ordnung“ auftrat, die als eine ganz besondere Errungenschaft für die damalige Zeit betrachtet werden muß. — Das hiesige Theater bietet im gegenwärtigen Winter mehr als jemals. Der Direktor desselben ist nicht nur bemüht, ein tüchtiges Personal ständig zu gewinnen, sondern sein Bestreben ist insbesondere auch dahin gerichtet, anwärtige Künstler und Künstlerinnen zu Gastspielen heranzuziehen. Diesen Bemühungen ist es zu verdanken, daß wir hier den seltenen Gast hatten, u. A. auch Hrn. Hofkapellmeister Hr. Grunert von Stuttgart zu hören. Am Samstag trat derselbe im „Eisgänger“ auf, und für heute hatte er die Rolle des „Tartuff“ übernommen, Leider aber unterließ die Vorstellung, denn im Augenblick des Beginns drang die Kunde von dem bereits gemeldeten Brandunglück in das bereits ganz gefüllte Haus.

**✓ Destringen, 9. Febr.** Von Schwellingen aus wird in der gestrigen Nummer Ihres Blattes die Gründung eines Viehversehrungs-Vereins in Hodenheim auf Gegenseitigkeit gemeldet. Ein solcher Verein besteht in unserer Gemeinde schon längst und befindet man sich allzusehr wohl dabei; die einfach gehaltenen, höchst praktischen Statuten und die Art der Geschäftsführung würden auch den kleinsten Gemeinden es ermöglichen, einen solchen Verein einzuführen, der nirgends mehr fehlen sollte, da er ein wahrer Segen der Landbewohner, namentlich für die mittleren und kleineren Landwirthe, ist. Man ist so eben hier damit beschäftigt, unter den Auspizien des Gemeinderathes eine Vorhufschasse zu bilden, was, wenn es sich realisiren würde, — die erste Vorhufschasse bei uns auf dem Land wäre. Ueberhaupt herrscht hier sehr viel Gemeinnutz und Empfänglichkeit für höhere Interessen.

**□ Mannheim, 8. Febr.** Heute Nachmittag fand im hochgefüllten Aulaaal eine Vorversammlung zur Wahl eines Abgeordneten zum Zollparlament statt. Auch aus den auswärtigen Orten des Wahlbezirks waren Teilnehmer erschienen. Nach kurzer Verhandlung wurde die Kandidatur des Altbürgermeisters Dissen von Mannheim als die wünschenswerthe bezeichnet, und derselbe erklärte sich bereit, eine Wahl anzunehmen. — Gestern schloß Prof. v. Treitschke die Vorträge der Heidelberger Professoren mit einem Lebensbild des Grafen Camillo Cavour und der italienischen Einheits- und Freiheitsbestrebungen. Die Rede war auch für unsere deutschen Verhältnisse zu bedeutend, als daß wir nicht später mit einigen Worten darauf zurückkommen sollten.

**△ Aus dem Amtsbezirk Baden, 8. Febr.** Auf Einladung des von der Bühler Wählerversammlung bestellten Wahlkomitees für unsern Amtsbezirk hatten sich sämtliche Bürgermeister desselben zu einer Besprechung über die Zollparlaments-Wahl in Baden eingefunden, und alle sprachen ihre Uebereinstimmung mit dem Vorschlag der Bühler Versammlung aus, daß nämlich Hr. Staatsrath Lamey als Abgeordneter unseres 8. Wahlkreises gewählt werden solle. Der Sieg des Kandidaten der national-liberalen Partei hat demnach eine weitere Garantie erkant.

**■ Baden, 9. Febr.** Mit rastlosem Eifer bestrbt sich die neue Administration, für die nächste Saison Verbesserungen einzu-

führen. So wurde angeordnet, daß künftig das allgemeine Lesekabinet aus seinem bisherigen unbequemen Lokale in den schönen Renaissance-saal neben dem großen Saal des Konversationshauses verlegt wird. Ferner ist im Werk, das ganze Konversationshaus einschließlich der Restauration auf prächtige Weise mit Gas zu erleuchten. Die Vorbereitungen für die sechs deutschen Opernvorstellungen haben bereits dazu geführt, daß Chor und Orchester des Kaffeler Festtheaters engagirt wurden, sowie daß die beiden berühmten Tenore Niemann und Bachtel, ferner der ausgezeichnete Bassist Schmidt von Wien und Hr. Bey, der erste Bariton des Berliner Opernhauses, gewonnen wurden. Wegen der Sängerrinnen schweben noch Unterhandlungen. Sodann bekommen wir zwölf Vorstellungen der comédie française von den ersten Künstlern in Paris. Auch steht in Aussicht, daß nach Schluß der Karlsruher Theater Vorstellungen das Straßburger Theater hier eine Reihe von Vorstellungen geben wird.

Auch die Gemeinde ist in dieser Weise thätig; so wurde die Richtung des neuen Weges über den Michaelsberg festgestellt, so daß wir einen weitem reizenden Spazierweg und eine große Zahl von herrlich gelegenen Baupläzen gewinnen.

**4 Donaueschingen, 9. Febr.** Heute Nacht ist schon wieder in Pfädingen ein Haus abgebrannt, und zwar anscheinend wieder nicht, wie bei den vorhergehenden Fällen, aus zufälligen Ursachen; vielmehr wird Brandstiftung vermuthet. — In Pflingen wurde in letzter Woche bei hellem Mondlicht in die Kanzlei des dortigen Bezirksamts in frechster Weise eingeschlagen und mittelst Ortbrechens einer Schublade die für die Ostpreußen eingegangene Sammlung von nahezu 200 fl. entwendet.

Eine vorbereitende Besprechung im zweiten Wahlkreise bezüglich der Wahlen zum Zollparlament fand bis jetzt nicht statt; allein man kennt die Stimmung in den Bezirken schon so genau, daß zweifellos Hr. Hofapotheker Kirsner von hier gewählt werden wird. Ein Gegenkandidat ist gar nicht aufgestellt.

### Vermischte Nachrichten.

**\* Pforzheim, 7. Febr.** Wie bedeutend hier der Geldumlauf und namentlich auch der Verdienst der arbeitenden Klasse auch in minderen günstigen Zeiten ist, geht daraus hervor, daß die Sparcasseneinlagen im verflohenen Monat Dezember allein die Summe von 50,000 fl. erreichten.

**(a) Freiburg, 8. Febr.** In Beziehung der Notiz, welche die „Karlsruh. Ztg.“ über die zum Zeichenbegangniß des Staatsministers Mathy abgedruckten Deputationen gebracht hat, können wir berichten, daß die hiesige Universität nur durch die große Verschleimung der Bestattung abgehalten worden ist, sich bei jener Feierlichkeit zu betheiligen. Der Tod des hochverehrten Staatsmannes wurde hier erst im Lauf des Dienstags-Nachmittags bekannt, und am Mittwoch früh trat der akademische Senat zusammen, um wegen der Absendung einer Deputation zum Begräbniß Beschluß zu fassen. Da erfahrt man, daß dieses bereits an demselben Nachmittage stattfinden sollte; bis dahin war es freilich nicht mehr möglich, die gute Absicht zur Ausführung zu bringen.

**— Kaufbeuren, 7. Febr.** (A. Anz.) Ein großes Verbrechen ist heute Nacht dahier verübt worden. Der Theilhaber der hiesigen Spinnerei, Hr. Schradler, wurde sammt seiner Frau und Magd heute Morgen ermordet aufgefunden. Da eine große Summe Geld und Bapiere fehlen (man sagt 40 bis 50,000 fl.) wird man der schrecklichen That das Motiv des Raubes unterlegen müssen. Damit nicht genug, ist auch das Haus in Brand zu stecken versucht worden; doch gelang es der schnell herbeigeeilten Feuerwehr, dem Feuer sogleich energisch entgegenzutreten. Von den Thätern hat man zur Stunde noch keine Spur, doch wurden nach allen Seiten die zweckmäßigsten Maßregeln sogleich ergriffen, um der schrecklichen That auf den Grund zu kommen.

**— Darmstadt, 8. Febr.** Im Interesse des Verkehrs haben sich einige Änderungen der Polizei- und Gebührenordnung, sowie des Tarifs für den Hafen zu Mainz, d. d. 31. Januar 1855 und der Verordnung vom 13. August 1862 als geboten ergeben. Es ist daher eine diese Änderungen einschließende neue Polizei- und Gebührenordnung für den Hafen zu Mainz erlassen und deren Publikation durch das großh. Regierungsblatt bereits verfügt worden. Die neue Hafenordnung wird mit dem 1. März laufenden Jahres in Kraft treten. (Darmst. Ztg.)

**— Dresden, 8. Febr.** Die vor einigen Tagen erkrankte Gemahlin des hiesigen französischen Gesandten, Baron FORTH-ROUEN, ist gestorben.

### Nachricht.

**Berlin, 10. Febr.** Die Kronprinzessin wurde heute früh um 3 Uhr von einem Prinzen entbunden.

Für die Nothleidenden in Ostpreußen ist weiter bei uns eingegangen: Von der israelitischen Gemeinde in Michelsfeld 14 fl. 30 kr., zusammen 95 fl. 9 kr. Hierzu die bereits an die Hauptkasse dahier abgelieferten 422 fl.; zusammen also im Ganzen 517 fl. 9 kr. Zur Empfangnahme weiterer Geldbeträge sind wir gern bereit. Karlsruhe, den 10. Februar 1868.

Expedition der Karlsruher Zeitung.

**Frankfurt, 10. Febr., 3 Uhr 40 Min. Nachmittags.** Desterr. Kreditaktien 188 1/2, Staatsbahn-Aktien 252 1/2, Nach Schluß: Desterr. Kreditaktien 190, Staatsbahnaktien 254 1/4, National —, Steuerfreie 50 1/4, 1860er Loose 71 1/16, Desterr. Valuta 101, 4 proz. bad. Loose 98 1/2, Amerikaner 75 1/4, Gold —.

Verantwortlicher Redakteur:

Dr. J. Herm. Kroenlein.

### Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag 11. Febr. Mit allgemein aufgehobenem Abonnement. Dritte und letzte Gastdarstellung der Frau Niemann-Seebach: **Die Abteilungen**: ein deutsches Trauerspiel in 2 Abtheilungen und 6 Akten, von Hebbel. „Kriemhilde“ — Frau Niemann-Seebach.

### Theater in Baden.

Mittwoch 12. Febr. **Spielt nicht mit dem Feuer**; Lustspiel in 3 Akten, von G. v. Puttlitz. Hierauf: **Ein Fischgast**; Schwank in 1 Akt.



3.622. Karlsruhe. Dem Allmächtigen hat es gefallen, meinen innigstgeliebten Bruder, den Großh. Bad. Secretariatspraktikanten Dr. Friedrich Giebe, nach längerem Leiden am 6. d. M. in einem Alter von 37 Jahren zu einem besseren Leben abzurufen.

Diese Nachricht widmet seinen zahlreichen auswärtigen Freunden und Bekannten, Karlsruhe, den 9. Februar 1868. Aug. Giebe, K. Preuss. Seminardirektor in Bromberg.

3.601. Gengenbach. Am 8. d. M. Nachts 1/9 Uhr, starb dahier der Nestor der badischen Aerzte, der homöopathische Arzt Dr. Laug, in einem Alter von 86 Jahren an den Folgen eines Bronchialkatarrhes.

3.608. Raftatt. Auswärtigen Freunden und Bekannten diene zur ergebensten Nachricht, daß meine geliebte Ehefrau, Margaretha Schreiber, geborne Kühner, am 6. d. Mts. nach achtmönatlichem schwerem Leiden in ein besseres Jenseits abgerufen worden ist.

Verlag von Ch. Th. Gross in Karlsruhe. Erstes Sprach- und Lesebuch für deutsche Elementarschulen. 25. Auflage. 8. 1868. 5 fr.

Zweites Sprach- und Lesebuch für die Mittelschüler deutscher Elementarschulen. 11. Aufl. 8. 1867. 6 fr. Drittes Sprach- und Lesebuch für die Oberschüler deutscher Elementarschulen. 6. Aufl. 8. 1864. 9 fr.

3.607. In Ludwig Schmidt's Buchhandlung in Freiburg i. Br. erschien so eben: Zusammenstellung der noch gültigen Verordnungen für amtliche Dienstverrichtungen sowohl, als für Privatleistungen zu beziehenden Gebühren der Aerzte im Großherzogthum Baden.

3.606. Karlsruhe. Dem Allmächtigen hat es gefallen, meinen innigstgeliebten Bruder, den Großh. Bad. Secretariatspraktikanten Dr. Friedrich Giebe, nach längerem Leiden am 6. d. M. in einem Alter von 37 Jahren zu einem besseren Leben abzurufen.

Toussaint - Langenscheidt. Englisch Französisch. Wöchentlich 1 Lect. à 18 kr. Complete Course 10 fl. 12 kr. (Cursus I und II zusammen (auf einmal) statt 20 fl. 24 kr. nur 15 fl. 48 kr.) Probefrische nebst Prospect 18 kr. rh. Lehrbuch der franz. Sprache. 2. Auflage. 54 kr. 1. Kurs 36 kr., 2. Kurs 54 kr.

3.603. Baden. Referendärge such. Einen Referendär als Hilfsarbeiter mit einem Jahresgehalt von 800 fl. sucht Wolf, Anwalt in Baden.

3.602. Baden-Baden. Commisgesuch. Für ein Tuch- und Kurzwaaren-Geschäft wird ein junger Mann zum sofortigen Eintritt zu engagiren gesucht.

3.612. Baden-Baden. Rehrlingsgesuch. Ein gestifteter junger Mensch von braven Eltern könnte in mein großes Manufakturwaaren-Geschäft als Rehrling eintreten.

3.611. So eben ist im Verlag von Malsch & Vogel in Karlsruhe erschienen und durch jede hiesige wie auswärtige Buchhandlung zu beziehen: Dem Andenken des Herrn Karl Mathy etc., gewesenen Großh. Bad. Staatsministers der Finanzen und Präsidenten des Staatsministeriums und des Handelsministeriums in Karlsruhe, gestorben den 4. Februar 1868.

Norddeutscher Lloyd. Regelmäßige Postdampfschiffahrt BREMEN und NEWYORK, Southampton anlaufend. Von Bremen: D. Bremen 15. Februar, D. Weiser 22. Februar, D. Hermann 29. Februar, D. Newyork 7. März.

3.613. Karlsruhe. Nähere Auskunft über obige Postdampfer erteilt J. Stüber, Vorstand des Centralbureaus des bad. Auswanderungsvereins. Näheres bei dem Hauptagenten Hrn. Wich. Wirsching in Mannheim, und dessen bekannten H. Bezirksagenten.

3.614. Karlsruhe. Ueberfahrtsverträge für diese Postdampfschiffe schließen ab: J. M. Dielefeld, Generalagent in Mannheim, A. Dielefeld in Karlsruhe, R. Hirsch in Weingarten, A. Streit in Ettlingen, Alex. Levisohn in Bruchsal, Jakob Buttner in Denheim, Jof. Gaum in Bretten, Fleischer und Umann in Eppingen.

3.615. Karlsruhe. Ueberfahrtsverträge schließen ab: Lubberger & Delenbein in Karlsruhe. 3.616. Dr. Sampson's Coca-Pillen.

3.617. Karlsruhe. Gasthof-Empfehlung. Der Unterzeichnete erlaubt sich einem geehrten Publikum, sowie den verehrlichen HH. Geschäftsfreunden anzuzeigen, daß er den Gasthof zum Löwen dahier käuflich übernommen hat.

Keine grauen Haare mehr! Melanogène. Von Diouemare aine in Rouen. Fabrik in Rouen, rue St. Nicolas, 39. Am augenblicklich Haar und Bart in allen Nüancen, ohne Gefahr für die Haut, zu färben.

3.618. Heidelberg. Holzversteigerung. Aus dem Heidelberg Stadtwald, Distrikt I. Abth. 17, Koforunnenhöhe, Schlag Nr. 4, werden am Montag den 17. d. Mts. früh 9 Uhr anfangend, auf dem Rathhause dahier folgende Holzsortimente versteigert:

3.619. Karlsruhe. Ueberfahrtsverträge schließen ab: Lubberger & Delenbein in Karlsruhe. 3.620. Karlsruhe. Ueberfahrtsverträge schließen ab: Lubberger & Delenbein in Karlsruhe.

3.621. Karlsruhe. Ueberfahrtsverträge schließen ab: Lubberger & Delenbein in Karlsruhe. 3.622. Karlsruhe. Ueberfahrtsverträge schließen ab: Lubberger & Delenbein in Karlsruhe.

3.623. Karlsruhe. Ueberfahrtsverträge schließen ab: Lubberger & Delenbein in Karlsruhe. 3.624. Karlsruhe. Ueberfahrtsverträge schließen ab: Lubberger & Delenbein in Karlsruhe.

3.625. Karlsruhe. Ueberfahrtsverträge schließen ab: Lubberger & Delenbein in Karlsruhe. 3.626. Karlsruhe. Ueberfahrtsverträge schließen ab: Lubberger & Delenbein in Karlsruhe.

3.627. Karlsruhe. Ueberfahrtsverträge schließen ab: Lubberger & Delenbein in Karlsruhe. 3.628. Karlsruhe. Ueberfahrtsverträge schließen ab: Lubberger & Delenbein in Karlsruhe.

3.629. Karlsruhe. Ueberfahrtsverträge schließen ab: Lubberger & Delenbein in Karlsruhe. 3.630. Karlsruhe. Ueberfahrtsverträge schließen ab: Lubberger & Delenbein in Karlsruhe.

3.631. Karlsruhe. Ueberfahrtsverträge schließen ab: Lubberger & Delenbein in Karlsruhe. 3.632. Karlsruhe. Ueberfahrtsverträge schließen ab: Lubberger & Delenbein in Karlsruhe.

3.633. Karlsruhe. Ueberfahrtsverträge schließen ab: Lubberger & Delenbein in Karlsruhe. 3.634. Karlsruhe. Ueberfahrtsverträge schließen ab: Lubberger & Delenbein in Karlsruhe.

3.635. Karlsruhe. Ueberfahrtsverträge schließen ab: Lubberger & Delenbein in Karlsruhe. 3.636. Karlsruhe. Ueberfahrtsverträge schließen ab: Lubberger & Delenbein in Karlsruhe.

3.637. Karlsruhe. Ueberfahrtsverträge schließen ab: Lubberger & Delenbein in Karlsruhe. 3.638. Karlsruhe. Ueberfahrtsverträge schließen ab: Lubberger & Delenbein in Karlsruhe.

3.639. Karlsruhe. Ueberfahrtsverträge schließen ab: Lubberger & Delenbein in Karlsruhe. 3.640. Karlsruhe. Ueberfahrtsverträge schließen ab: Lubberger & Delenbein in Karlsruhe.

3.641. Karlsruhe. Ueberfahrtsverträge schließen ab: Lubberger & Delenbein in Karlsruhe. 3.642. Karlsruhe. Ueberfahrtsverträge schließen ab: Lubberger & Delenbein in Karlsruhe.

3.643. Karlsruhe. Ueberfahrtsverträge schließen ab: Lubberger & Delenbein in Karlsruhe. 3.644. Karlsruhe. Ueberfahrtsverträge schließen ab: Lubberger & Delenbein in Karlsruhe.